

JUBU-Artikelserie

# // Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets: Welche Chancen für Demokratielernen? //

Carsten Herzberg und Martina Rumpel

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Landespräventionsrat  
Brandenburg



Landeshauptstadt  
Potsdam

# Impressum

**Autor\*innen:** Carsten Herzberg und Martina Rumpel

Jahr 2023

Dieser Beitrag ist zuerst auf der JUBU-Webseite [www.jugend-budget.de](http://www.jugend-budget.de) veröffentlicht. Wir freuen uns, dass Heinz Kleger und Ansgar Klein ihn in ihrem im Jahr 2023 erscheinenden Sammelband zu Demokratiepoltik veröffentlichen. Alle weiteren Veröffentlichungen des Beitrages können nur in Absprache und Genehmigung mit den Herausgebern des Bandes getroffen werden.

## Zitiervorschlag

Zitiervorschlag: Herzberg, Carsten/Rumpel, Martina (2023), Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets: Welche Chancen für Demokratielernen?, in: Kleger, Heinz/Ansgar Klein (Hg.), Demokratiepoltik. Neue Formen der Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung, Wiesbaden: VS Springer. Dieser Beitrag ist zuerst erschienen auf der JUBU-Webseite [www.jugend-budget.de](http://www.jugend-budget.de).

mitMachen e. V.

Benkertstr. 34

14467 Potsdam

✉ [kontakt@jugend-budget.de](mailto:kontakt@jugend-budget.de)

📞 0331.231 49 270

🌐 [www.jugend-budget.de](http://www.jugend-budget.de)

# **Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets: Welche Chancen für Demokratielernen?<sup>1</sup>**

Carsten Herzberg und Martina Rumpel

## **Einleitung**

In einer Zeit, in der anti-demokratische Tendenzen zunehmen, stellt sich die Frage, wie demokratische Werte und Praktiken gestärkt werden können. In der Fachwelt, u. a. in der Sozialen Arbeit, wurde hier die Frage der demokratischen Resilienz aufgeworfen (Rahner 2021). Damit ist die Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit gemeint. Einige Forschungsansätze setzen hierfür auf das Erfahrbarmachen demokratischer Prozesse (Schubarth 2022). Dies hat seine Wurzeln u. a. in der Demokratiepädagogik, die eine Demokratisierung verschiedenster Lebensbereiche anstrebt (Dewey 1916). In der Entwicklungspsychologie wird das Jugend- und junge Erwachsenenalter als entscheidend angesehen, da hier für den Rest des Lebens politische Werte und Normen gefestigt werden (Bandura 1997).

Das Projekt „JUBU-Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“ ([www.jugend-budget.de](http://www.jugend-budget.de)), dessen pädagogischer Ansatz in diesem Beitrag vorgestellt werden soll, möchte auf der Basis von Erkenntnissen der Einstellungsänderungsforschung die liberale Demokratie für junge Menschen erfahrbar machen. Die handlungsleitende These des Projektes lautet, wenn junge Menschen in dem entscheidenden Alter von 16 bis 26 Jahren positive Erfahrungen mit Demokratie machen, werden sie resilient gegen Demagog\*innen und populistische Heilsversprecher\*innen. Die zentralen Fragen sind dabei: Wo können junge Menschen positive Erfahrungen mit Demokratie machen? Wie können junge Menschen besser in reale und bestehende demokratische Prozesse integriert werden? Was können sie dort lernen und erfahren? Und, welche pädagogischen Methoden eignen sich dafür?

JUBU ist ein Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, es handelt sich dabei um das große Demokratieförderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Als Ansatzpunkt hat das Projekt sogenannte Bürgerbudgets gewählt. Dabei geht es um ein Beteiligungsverfahren, das von den Kommunen organisiert wird und bei dem die Einwohner\*innen zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes über die Finanzierung selbst erarbeiteter Vorschläge entscheiden können. Bürgerbudgets eignen sich für ein Demokratielernen besonders gut, weil sie Entscheidungsprozesse in Demokratien im Kleinen widerspiegeln. Das Projekt hat deshalb zur besseren Einbeziehung junger Menschen einen eigenen Beteiligungszyklus entwickelt, der sich am „policy cycle“ von Lasswell (1956) orientiert und die zentralen Phasen demokratischer Entscheidungsprozesse

---

<sup>1</sup> Zitiervorschlag: Herzberg, Carsten/Rumpel, Martina (2023), Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets: Welche Chancen für Demokratielernen?, in: Kleger, Heinz/Ansgar Klein (Hg.), Demokratiepölitik. Neue Formen der Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung, Wiesbaden: VS Springer. Dieser Beitrag ist zuerst erschienen auf der JUBU-Webseite [www.jugend-budget.de](http://www.jugend-budget.de).

enthält: Austausch über Bedürfnisse, Diskussion und Vorschlagseinreichung, Wahlkampagne, Abstimmung und Umsetzung.

Vor dem oben skizzierten theoretischen Hintergrund geht es in dem Projekt konkret darum, junge Menschen für eine Beteiligung bei Bürgerbudgets zu gewinnen und ihnen durch das eigene Erleben die Funktionseise der (lokalen) Demokratie verständlich zu machen. Dafür werden geeignete und attraktive Methoden entwickelt, die an pädagogische Fachkräfte in Jugendarbeit und Schule weitergegeben werden. Im Fokus steht das Bundesland Brandenburg, wo sich mit 46 Beispielen (2022) mit Abstand die meisten Bürgerbudgets in Deutschland entwickelt haben. JUBU hat hier seine Konzepte zunächst in drei Pilotkommunen in der Praxis erprobt und unterstützt nun als Servicestelle freie Träger sowie Kommunen im ganzen Bundesland und in Nachbarregionen bei der Beteiligung junger Menschen an Bürgerbudgets mit Materialien, Fortbildungen, Spielen und Beratung.

Der vorliegende Artikel beginnt mit einer Definition und demokratietheoretischen Einordnung von Bürgerbudgets. Im Anschluss wird auf die Bürgerbudgets in Brandenburg näher eingegangen, indem auf ihre Verbreitung, die bereitgestellten Beträge und die Beteiligung der Jugend Bezug genommen wird. In Anlehnung an Lasswells „policy cycle“ (1956) wird danach der demokratische Zyklus für Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets mit seinen Potentialen für ein Demokratielernen vorgestellt. Das darauffolgende Kapitel zeigt mit dem Format „Vorschlags-Expedition“ die Umsetzung dieses Ansatzes am Beispiel der ländlich geprägten Gemeinde Nuthetal auf. Dabei wird auf Fortschritte und Hindernisse in der Praxis eingegangen. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und Bedarfe für weitere Forschung und pädagogische Arbeit formuliert.

## **1 Beteiligung im Rahmen der bürgernahen Demokratie**

Zur Definition von Bürgerbudgets ist zu sagen, dass hier die Kommunen einen Betrag von z. B. 20.000 Euro, 50.000 Euro und manchmal über 100.000 Euro bereitstellen. Alle Einwohner\*innen können gemeinwohlorientierte Vorschläge – wie z. B. ein Volleyballnetz, eine Parkbank, ein Sportgerät im öffentlichen Raum etc. – einreichen und sich an der Abstimmung über die Verteilung der Gelder beteiligen. Die Vorschläge mit den meisten Stimmen werden umgesetzt, bis der bereitgestellte Betrag aufgebraucht ist. Die Grundidee geht auf die Beteiligungsverfahren zurück, die Ende der 1980er Jahre in Brasilien entstanden sind, dort ging es allerdings noch um große Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Ansatz hat sich zunächst in Lateinamerika verbreitet. In Europa und Deutschland folgen Bürgerbudgets, die zunächst unter dem Namen „Bürgerhaushalt“ eingeführt wurden, anderen Regeln. Die Beteiligung dient der Förderung einer „bürgernahen Demokratie“ (Sintomer et al. 2009, 2016). Was ist damit gemeint? Was hat es mit dem Wandel von Bürgerhaushalten zu Bürgerbudgets in Deutschland auf sich?

### **1.1 Die Entstehung von Bürgerhaushalten und ihre Transformation**

Das berühmteste Beispiel ist die brasilianische Stadt Porto Alegre (1,5 Mio. Einwohner\*innen). Bei diesem Bürgerhaushalt bestimmen die Einwohner\*innen über einen Teil der öffentlichen

Investitionen. Es geht um Kindergärten, medizinische Versorgungsstellen, den Anschluss an die Wasserversorgung etc. Durch einen bestimmten Verteilungsschlüssel bekommen ärmere Regionen mit einem hohen Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen mehr Mittel zur Verfügung gestellt als solche Gegenden, die bereits gut aufgestellt sind (Herzberg 2001). Das Beispiel Porto Alegre wird aufgrund der vorzuweisenden Erfolge sowohl von internationalen Organisationen als auch von linken Regierungen und sozialen Bewegungen geschätzt. Wegen der umfassenden Unterstützungen verbreiteten sich Bürgerhaushalte zunächst in Brasilien und Lateinamerika, später auch in Europa und letztlich rund um den Globus (Dias et al. 2019).

Als Ende der 1990er-Jahre die ersten Bürgerhaushalte in Deutschland eingeführt wurden, spielte, anders als in einigen Ländern Südeuropas, das Beispiel Porto Alegre keine Rolle. Zwar hatte das brasilianische Beispiel vor allem bei Bürger\*inneninitiativen zahlreiche Befürworter\*innen gefunden, doch viele Kommunalpolitiker\*innen und Verwaltungsmitarbeiter\*innen waren skeptisch: Konnte so viel Entscheidungskompetenz an die Einwohner\*innen abgegeben werden? Es wurde immer wieder betont, dass die Hoheit über den Haushalt zu den zentralen Rechten der gewählten Vertretungen gehöre. Neben dieser Skepsis gegenüber einer Übertragung von Entscheidungskompetenzen haben die knappen Kassen der kommunalen Haushalte die Verfahren der Bürgerhaushalte in Deutschland geprägt. Dies führte dazu, dass ein Ansatz aus dem neuseeländischen Christchurch zum Vorbild wurde, bei dem Einwohner\*innen Hinweise zur Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen geben konnten (Herzberg 2009). Es ging damit nicht um die Finanzierung von Vorhaben, sondern um einen Dialog darüber, wie zufrieden die Einwohner\*innen mit Bibliotheken, Kindertagesstätten, Müllentsorgung etc. sind.

Dieser Ansatz hat einen Trend unterstützt, kommunale Haushalte transparenter zu gestalten. Allerdings wurde an den Bürgerhaushalten kritisiert, dass die Umsetzung der Vorschläge oft unkonkret blieb. Die Einwohner\*innen hatten mitunter Schwierigkeiten, die Wirkung ihrer Beteiligung zu erfassen. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn der Ausbau eines konkreten Radweges in eine allgemeine Förderung der Radinfrastruktur überführt wurde und Umsetzungsbeispiele genannt wurden, die mit dem ursprünglichen Vorschlag kaum noch etwas zu tun hatten. So waren die Bürgerhaushalte auf dem Rückzug, bevor im Jahr 2015 mit den ersten Bürgerbudgets ein neuer Trend entstand (bpb 2018). Hier wurde sich schließlich doch dafür entschieden, den Einwohner\*innen eine direkte Entscheidungskompetenz zu übertragen. Anders als in Porto Alegre stehen nicht stadtpolitische oder soziale Fragen zur Disposition. Im Sinne eines von Sintomer et al. (2009, 2016) entwickelten Typologie der Bürgerhaushalte, handelt es sich um ein Modell der „bürgernahen Demokratie“, bei dem die Gestaltung des Wohnortes mit kleinteiligen Vorschlägen im Vordergrund steht. Bei der Nähe geht es – in Zeiten von Politikverdrossenheit – aber auch um eine Annäherung von Verwaltung und Politik auf der einen Seite, mit den Einwohner\*innen und Bürger\*innen auf der anderen. Dabei bestimmt die Politik die Höhe der bereitzustellenden Gelder und legt die Spielregeln fest, wer sich beteiligen kann und wie entschieden wird.

## 1.2 Die Unterscheidung: Bürgerhaushalte und Bürgerbudgets

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, können in Deutschland unter der Dachmarke „Bürgerhaushalt“ zwei verschiedene Ansätze verstanden werden. Die einen folgten dem Ansatz, öffentliche Dienstleistungen durch Rückmeldungen zu verbessern. Sintomer et al. (2009, 2016) haben hierfür den Begriff der „partizipativen Modernisierung“ benutzt. Beteiligung ist hier der Begleiter einer umfassenden Strategie der Verwaltungsmodernisierung. Der Ansatz der Bürgerbudgets basiert hingegen auf dem Modell der „bürgernahen Demokratien“. Hier geht es vor allem darum, mit kleinteiligen Maßnahmen das eigene Lebensumfeld mitzugestalten. Da es in der Praxis jedoch auch Bürgerbudgets gibt, welche den Namen „Bürgerhaushalt“ tragen, soll die nachfolgende analytische Unterscheidung der beiden Ansätze Klarheit schaffen – eine weitere Vertiefung dieser Diskussion findet sich bei Patze Diordiychuk et al. (2022).

	Bürgerhaushalte in Deutschland	Bürgerbudgets
Strategisches Ziel	„partizipative Modernisierung“ und transparenter Haushalt	„bürgernahe Demokratie“ und Identifikation mit dem Ort
Budget	kein reservierter Betrag	eigenes Budget
Thematischer Fokus	tendenziell Großthemen, thematische Offenheit zu anderen Fragen	Fokus liegt stärker auf kleinen, konkreten Projekten
Rolle der Verwaltung	Umsetzungsbeauftragte	ermöglicht bürgerschaftliches Engagement
Entscheidungsmodus	Letztentscheidung über Vorschläge beim Rat	Einwohner*innen und/oder Vereine entscheiden (mit) durch Abstimmung in dem vom Rat festgelegten Rahmen

Tab. 1: Unterschiede: Bürgerhaushalte in Deutschland und Bürgerbudgets

Quelle: Weiterentwicklung durch JUBU basierend auf Jonas (2019) und bipar (2021)

Aus organisatorischer Sicht besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Ansätzen darin, dass die Bürgerbudgets über einen festgelegten Betrag verfügen. Wie später noch gezeigt wird, handelt es sich in der Regel um Beträge von 20.000 Euro, 50.000 Euro und 100.000 Euro jährlich. Die Bürgerhaushalte nehmen eine solche Festlegung nicht vor, sondern sind thematisch offen. Im Prinzip können hier auch große Stadtentwicklungskonzepte thematisiert werden. Bei den Bürgerbudgets sind es hingegen konkrete Projekte zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mit kleinteiligen Maßnahmen. Dabei können, je nach lokalen Regeln des lokalen Verfahrens, auch Vorhaben finanziert werden, welche die Einwohner\*innen selber umsetzen, wie z. B. die Organisation eines Straßenfestes, womit ein bürgerschaftliches Engagement gefördert werden soll. Aus demokratischer Sicht ist entscheidend, dass bei den Bürgerbudgets die Einwohner\*innen de facto über das vom Gemeinderat zur Verfügung gestellte Geld entscheiden – entweder in direkter Abstimmung oder in einer Jury. Bei den

Bürgerhaushalten haben die Ergebnisse von Abstimmungen einen empfehlenden Charakter. Die letzte Entscheidung liegt beim Gemeinderat, der auch eine Finanzierung für die Vorhaben finden muss.

## 2 Brandenburg als Vorreiter der Bürgerbudgets in Deutschland

Um die Verbreitung von Bürgerbudgets besser zu verstehen, werden nun Ergebnisse aus der Studie „Bürgerbudgets in Brandenburg“ (Herzberg et al. 2020, 2022) vorgestellt, die im Rahmen des Projektes JUBU entstanden ist. Ziel war es, mehr über die Bürgerbudgets in dem Bundesland in Erfahrung zu bringen, um daraus Ansätze für eine Jugendbeteiligung zu entwickeln. Fragen waren hier vor allem: Wie verbreitet und relevant sind Bürgerbudgets überhaupt in Brandenburg? Um welche Beträge geht es hier konkret? Und, inwiefern sind bereits junger Leute beteiligt, d. h., gehören Bürgerbudget in den betroffenen Kommunen bereits zu ihrer Demokratieerfahrung?

### 2.1 Bereits 35 Prozent der Menschen leben in einer Bürgerbudgetkommune

Zunächst ist zu sagen, dass bei der Verbreitung von Bürgerbudgets das Bundesland Brandenburg eine Sonderstellung in Deutschland einnimmt. Nirgends gibt es so viele Beispiele wie hierzulande: Von den über 80 Bürgerbudgets in Deutschland sind 44 in Brandenburg zu finden (2021). Werden die Einwohner\*innen in den Gemeinden zusammengerechnet, in denen es ein solches Verfahren gibt, leben über 35 Prozent aller Brandenburger\*innen in einer Kommune mit einem Bürgerbudget. In Brandenburg können somit Bürgerbudgets, die in der Regel jährlich stattfinden, als eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie angesehen werden. Neben den Wahlen zum Gemeinderat, Landtag, Bundestag und Europaparlament, die je nach Turnus alle vier oder fünf Jahre stattfinden, können in den betroffenen Kommunen die Einwohner\*innen meistens jährlich direktdemokratisch über das Bürgerbudget abstimmen.

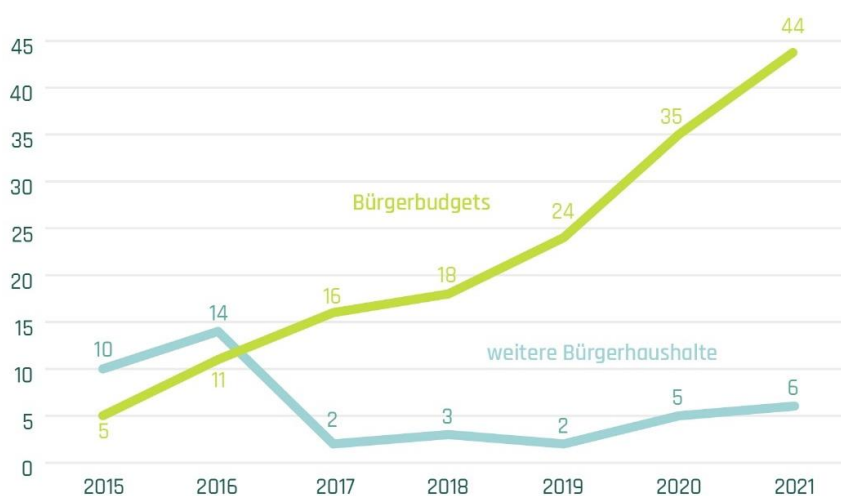


Abb. 1: Entwicklung der Bürgerbudgets und Bürgerhaushalte in Brandenburg 2015 – 2021

Quelle: JUBU

Gerade diese Verbindlichkeit scheint die Bürgerbudgets attraktiv zu machen, denn während es im Jahr 2015 nur fünf solcher Verfahren gab, ist die Zahl bis zum Jahr 2021 auf 44 angestiegen. Es ist selten, dass demokratische Innovationen (Geissel und Joas 2013), wie Beteiligungsverfahren, eine solch rasante Verbreitung erfahren. Die rein konsultativen Bürgerhaushalte haben sich in den letzten sechs Jahren im Gegensatz dazu nicht weiterverbreitet. Gab es im Jahr 2015 noch zehn konsultative Bürgerhaushalte, liegt die Zahl heutzutage zwischen fünf und sieben Beispielen (2022). Zudem befinden sich einige dieser Beispiele auf einer Vorstufe zum Bürgerbudget, d. h., es gibt ein reserviertes Budget, aber noch keine verbindliche Abstimmung der Einwohner\*innen wie z. B. in Seelow, was sich in den nächsten Jahren jedoch noch ändern kann.

## 2.2 Thesen zur Verbreitung der Bürgerbudgets



Abb. 2: Karte der 44 Bürgerbudgets in Brandenburg (2021)

Quelle: JUBU

Die Karte „Bürgerbudgets in Brandenburg“ (Abb. 2) zeigt, dass Bürgerbudgets grundsätzlich überall in Brandenburg verteilt sind. Eine Anhäufung gibt es jedoch an der Landesgrenze rund um Berlin. Weiterhin ist zu beobachten, dass Bürgerbudgets oft dort entstehen, wo es in der Nachbarkommune bereits ein solches Verfahren gibt. Letztlich kann den geführten Interviews auch entnommen werden, dass bekannte Vorbilder eine Rolle spielen. So gilt das Beispiel



„Eberswalde“ als Prototyp für Bürgerbudgets in Brandenburg. Die Stadtverwaltung engagiert sich hier aktiv, um ihr Verfahren bekannt zu machen, und steht anderen Kommunen auch gerne beratend zur Seite.

Auffallend ist, dass es in der unteren Hälfte der Karte einen Streifen gibt, in dem keine Bürgerbudgets zu finden sind. Die Gründe hierfür sind noch nicht hinreichend untersucht. Es können aber verschiedene Thesen formuliert werden: Auf der Grundlage einer ökonomischen These könnte z. B. argumentiert werden, dass Bürgerbudgets vor allem auch in den dynamisch wachsenden Kommunen an der Landesgrenze zu Berlin entstanden sind. In den Regionen des südlichen Brandenburgs sind solche Tendenzen weniger stark. In der Lausitz, an der Landesgrenze zu Polen, gibt es darüber hinaus durch das anstehende Ende des Braunkohleabbaus auch eine starke Verunsicherung. In diesen Regionen sind mitunter rechtspopulistische Parteien und Bewegungen besonders erfolgreich. Vor diesem Hintergrund ist z. B. unklar, ob es ein gewisses Maß an demokratischer Kultur oder Konsens braucht, damit Bürgerbudgets entstehen können. Denn wie gezeigt wurde, müssen Gemeindevertretungen bereit sein, einen Teil ihrer Macht abzugeben. Doch wie weit reicht diese Übertragung von Entscheidungskompetenz? Um wie viel Geld handelt es sich?

### **2.3 Der finanzielle Rahmen der Bürgerbudgets**

Bürgerbudgets stehen in Brandenburg für die Umsetzung kleinteiliger Vorschläge, die der unmittelbaren Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes bzw. dem Zusammenleben dienen. Abb. 3 zeigt, dass der höchste Betrag pro Bürgerbudget-Durchgang in Werder (Havel) mit 200.000 Euro zur Verfügung steht, der niedrigste in Lychen mit 5.000 Euro. Meistens werden jedoch Beträge von 50.000 Euro (elf Beispiele) oder 100.000 Euro (sechs Beispiele) reserviert.

Die Höhe des Betrages steht in manchen Fällen im Zusammenhang mit der Zahl der Einwohner\*innen. So stehen kleineren Gemeinden begrenzte finanzielle Möglichkeiten als Städten zur Verfügung. Dies reicht jedoch zur Erklärung nicht aus, denn der bereitgestellte Betrag pro Einwohner\*in schwankt erheblich: In Potsdam (über 180.000 Einwohner\*innen) werden z. B. 60 Cent pro Einwohner\*in zur Verfügung gestellt, während es in Werder (Havel) (26.000 Einwohner\*innen) 7,57 Euro pro Einwohner\*in sind. Somit ist die Höhe des Betrages auch eine politische Entscheidung, die in den Kommunen getroffen wird.



Abb. 3: Zur Verfügung gestellter Gesamtbetrag (in Euro) pro Bürgerbudget-Durchgang in 36 Kommunen  
 Quelle: JUBU

Um sich ein Bild davon zu machen, wie viel ein Vorschlag kosten darf, ist ein Blick auf die Obergrenzen hilfreich (siehe Abb. 4). Mit diesen Grenzen soll verhindert werden, dass ein Vorschlag das gesamte Budget verbraucht. Abbildung 4 gibt hierzu die Übersicht, dass die meisten Beispiele (24 Kommunen) eine Obergrenze zwischen 5.000 Euro und 20.000 Euro aufweisen – wobei es aus der Perspektive der Einreicher\*innen durchaus einen Unterschied

macht, wie hoch der Betrag für einen Vorschlag sein darf. Bemerkenswert ist, dass es sechs Orte ohne Kostenobergrenze gibt.

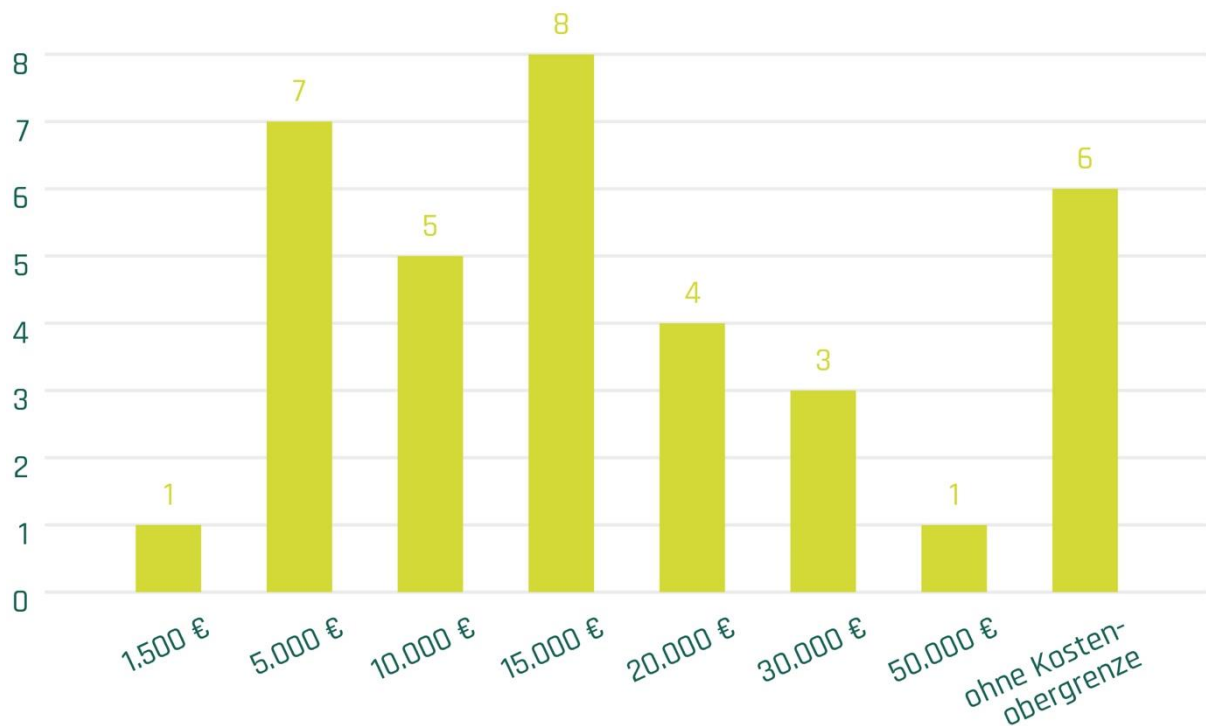


Abb. 4: Kostenobergrenzen von Vorschlägen bei 35 Bürgerbudgets in Brandenburg  
Quelle: JUBU 2020

## 2.4 Unterrepräsentation der Jugend

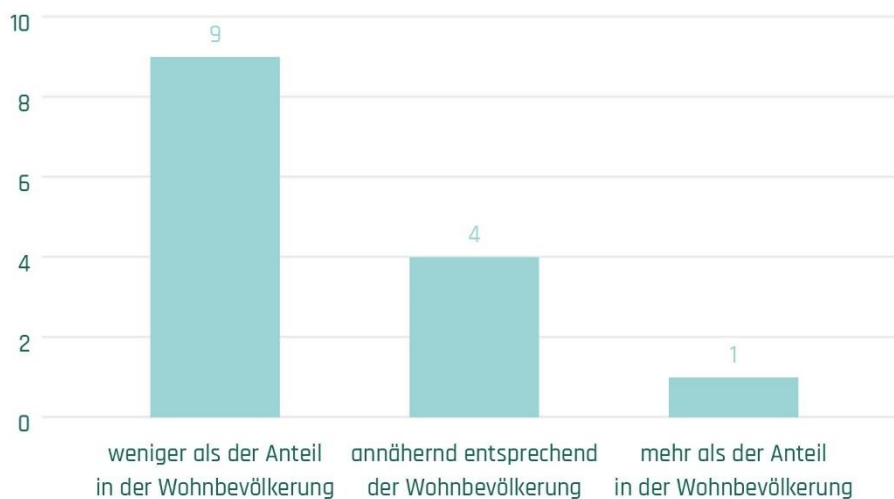


Abb. 5: Der von den befragten Kommunen geschätzte Anteil junger Menschen  
Quelle: JUBU

Obwohl eine Beteiligung oft ab zwölf oder 14 Jahren möglich ist – und bei manchen Beispielen gar keine Altersgrenze gesetzt wird –, sind junge Menschen unterrepräsentiert. So haben, wie Abb. 5 zeigt, in 14 Kommunen Mitarbeiter\*innen die Beteiligung junger Menschen geschätzt:

In neun Fällen waren sie bei den Teilnehmenden der Bürgerbudgets im Vergleich zu ihrem Anteil in der örtlichen Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. In vier Fällen wurde im Großen und Ganzen von einer Repräsentation ausgegangen. Von diesem Trend abgewichen ist nur ein Beispiel, die Stadt Werder (Havel), wo junge Menschen auch über die Vorschläge der Erwachsenen entscheiden.

Das Projekt JUBU setzt hier ein. Junge Menschen sollen unterstützt werden, sich an den Bürgerbudgets zu beteiligen. Das Projekt entwickelt hierfür Formate, deren theoretische Grundlage mit dem demokratischen Zyklus nun vorgestellt werden soll.

### **3 Demokratischer Zyklus der Jugendbeteiligung**

Eine Eingangsfrage dieses Beitrages lautete, was bei Bürgerbudgets über Demokratie gelernt und erfahren werden kann. Das Hauptargument lautet hier, dass Bürgerbudgets die Funktionsweise der „großen“ Demokratie im Kleinen widerspiegeln. Der von Lasswell (1956) entwickelte „policy cycle“, der als Prozessmodell Entscheidungsfindungen in Demokratien darstellt (siehe Kasten), kann auf Bürgerbudgets übertragen werden. So hat das Projekt JUBU in Anlehnung an Lasswell's „cycle“ einen eigenen Zyklus der Beteiligung junger Menschen bei Bürgerbudgets entwickelt. Dieser Zyklus beinhaltet die Kernelemente demokratischer Entscheidungsfindung und verläuft nach den Phasen „Austausch über Bedürfnisse“, „Diskussion und Vorschlagseinreichung“, „Wahlkampagne“, „Abstimmung“ und „Umsetzung“, wie in diesem Abschnitt dargestellt werden soll.

Die Beteiligung wurde beim demokratischen Zyklus bewusst als Prozess angelegt, um neben dem Demokratielernen auch eine Festigung demokratischer Werte zu ermöglichen, denn die Einstellungsänderungsforschung geht davon aus, dass sich Einstellungen und Werte nicht ad hoc verändern (Bandura 1997). Für JUBU bedeutet dies, dass Jugendbeteiligung nicht aus einem einzigen Event besteht, sondern aus einer Reihe von Treffen über einen längeren Zeitraum, womit eine Sozialisation durch demokratische Praktiken gefördert werden soll. Zum anderen bezieht sich die Arbeit des Projektes auf die Altersgruppe der 16- bis 26-Jährigen, da diese entscheidend ist für die Bildung demokratischer Werte. Was passiert jedoch konkret in den einzelnen Phasen des demokratischen Zyklus?

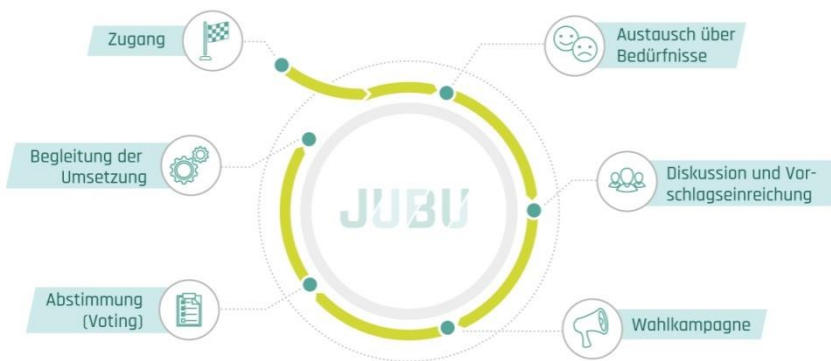


Abb. 5: Demokratischer Zyklus für die Beteiligung junger Menschen bei Bürgerbudgets  
Quelle: JUBU

Dem eigentlichen Beteiligungszyklus geht eine Phase der Anbahnung voraus. In der Offenen Jugendarbeit wird der Zugang oft mit Hilfe von Sozialarbeiter\*innen aufgebaut, die bereits mit den jungen Menschen in Kontakt stehen. Für die erste Phase des Zyklus „Austausch über Bedürfnisse“ hat JUBU eine Ideenwerkstatt entwickelt, die im nächsten Kapitel eingehender vorgestellt wird. Bei Lasswell entspricht dies in etwa der Phase der Problemdefinition (siehe Kasten „Der policy cycle bei Lasswell“). Die Arbeit mit den jungen Menschen umfasst darauffolgend mehrere Treffen, bei denen verschiedene Methoden genutzt werden. Bei der „Diskussion und Auswahl“ der Vorschläge erfolgt so dann eine Art Agenda Setting: Die Gruppe einigt sich, welche ihrer Ideen sie zu einem Vorschlag ausarbeiten und für die Abstimmung einreichen möchte. Hierzu sind z. B. Gespräche mit der Verwaltung über die örtlichen Zulassungskriterien von Vorschlägen vorgesehen. Die jungen Menschen erarbeiten im weiteren Verlauf für ihren Vorschlag – wie Parteien bei einer Wahl – eine eigene „Werbekampagne“. Die anschließende Phase der Abstimmung steht für Lasswell’s Moment der Politikformulierung. Erhält der Vorschlag bei der Abstimmung eine Finanzierung, geht es in die Umsetzung – was im „policy cycle“ als Implementierung bezeichnet wird. Die Evaluation entscheidet dann über eine Teilnahme am Bürgerbudget im nächsten Jahr.

#### **Der „policy cycle“ bei Lasswell (1956)**

Bei dem in den 1950er Jahren von Harold Dwight Lasswell entwickelten „policy cycle“ handelt es sich um ein Kreismodell. Das Modell wird in der Politikwissenschaft genutzt, um Entscheidungsprozesse in der Demokratie zu veranschaulichen. Es enthält die nachfolgend beschriebenen sechs Momente, die im JUBU-Projekt ein Ausgangspunkt für den Zyklus der Beteiligung am Bürgerbudget sind.

1) Problemformulierung: Ein politisches Problem wird erkannt, üblicherweise von Interessengruppen an die Politik, Parteien und darüber in die Parlamente getragen.

- 2) Agenda Setting: Das Problem wird auf die politische Tagesordnung gesetzt, z. B. zur Abstimmung im Bundestag. Das Agenda Setting erfolgt auch durch Druck sozialer Bewegungen, deren Aufgabe es ist, neue Fragen und Lösungsvorschläge zu präsentieren.
- 3) Politikformulierung: Es werden Entscheidungen über konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems getroffen. Das heißt z. B., ein Antrag wird im Parlament angenommen oder abgelehnt.
- 4) Implementation: Es geht um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, in der Regel durch Ministerien bzw. Verwaltungen.
- 5) Evaluierung: Die durchgeführte Umsetzung wird geprüft und hinsichtlich ihres Erfolges bewertet.
- 6) Terminierung: Die Maßnahme kann nach der Evaluierung beendet oder fortgesetzt werden. Auch kann es zu einer Re-Formulierung des Ausgangsproblems kommen, um neue Maßnahmen vorzuschlagen. Der Zyklus beginnt in diesem Fall von neuem.

#### **4 Das Format „Vorschlags-Expedition“**

Das Format „Vorschlags-Expedition“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene ab ca. 16 Jahren. Es ist darauf ausgerichtet, Teilnehmer\*innen entlang der Phasen des demokratischen Zyklus zu begleiten, beginnend mit der Auseinandersetzung mit dem Sozialraum zur Formulierung von Bedarfen über die Ideenfindung mit anschließender Einreichung eines Bürgerbudgetvorschlags. Dazu gehört auch ein Kennenlernen der lokalen Verwaltung und die Erarbeitung einer Wahlkampagne für eine Erfolg des eigenen Vorschlags bei der Abstimmung.

Die Vorschlags-Expedition hat das übergeordnete Ziel, jungen Menschen die Funktionsweise des örtlichen Bürgerbudgets und der lokalen Demokratie mit ihren Akteur\*innen und Zuständigkeiten zu verdeutlichen bzw. durch die eigene Teilnahme erfahrbar zu machen. Um dies zu ermöglichen, wurden für das Format folgende pädagogische Teilziele formuliert:

- Die Teilnehmer\*innen haben sich am Ende mit ihrem Lebensumfeld auseinandergesetzt und Ideen für Veränderungen entwickelt. Die durch die Teilnehmer\*innen gesetzten Themen wurden zu Möglichkeiten der Umsetzbarkeit durch das Bürgerbudget oder andere Verfahren in Beziehung gesetzt.
- Die Teilnehmer\*innen kennen den Ablauf und die Voraussetzungen für die Teilnahme am örtlichen Bürgerbudget und sind in der Lage, eigenständig einen Bürgerbudgetvorschlag einzureichen.
- Vor Ablauf der Einreichungsfrist waren die Teilnehmer\*innen fähig, Kontakt mit einer\*m für das Bürgerbudget zuständigen Verwaltungsmitarbeiter\*in, Gemeindevertreter\*innen und Ortsvorsteher\*innen aufzunehmen, um zu ihren einzureichenden Vorschlägen beraten zu werden.
- Die Teilnehmer\*innen haben sich mit den Möglichkeiten einer Werbekampagne für den eigenen eingereichten Bürgerbudgetvorschlag auseinandergesetzt und ggf. eine eigene Werbekampagne entwickelt und umgesetzt.

Das Vorgehen wird im Folgenden am Beispiel der brandenburgischen Gemeinde Nuthetal erläutert, wo es im Rahmen der pädagogischen Projektarbeit entwickelt und erprobt worden ist. Nuthetal zählt ca. 9.100. Einwohner\*innen. Obwohl die Gemeinde in der Nähe der Landeshauptstadt Potsdam liegt, ist sie ländlich geprägt, einige Teilorte zählen nur 200 bis 300 Einwohner\*innen. Grundsätzlich ist das Format auch in Städten und Einrichtungen der Jugendarbeit, z. B. Jugendzentren, durchführbar. Das hier beschriebene Vorgehen kann somit zur Inspiration für die eigene pädagogische Arbeit genutzt werden.

#### 4.1 Ideenwerkstatt als Auftakt

Für das Format „Vorschlags-Expedition“ kann ein aufsuchender Ansatz gewählt werden. Zu den Veranstaltungen kann offen oder im Rahmen einer bestehenden Gruppe (z. B. Verein) eingeladen werden. Denkbar ist aber auch eine Umsetzung im Kontext eines Jugendclubs. Die Abb. 3 veranschaulicht das Gesamtkonzept. Im Folgenden wird der Verlauf des Formates, damit mit einer Ideenwerkstatt beginnt und auf die entlang der Phasen des demokratischen Zyklus verschiedene thematische Workshops folgen.



Abb. 3: Format Ideenwerkstatt mit Folgeworkshops

Quelle: JUBU

#### Austausch über Bedürfnisse

Die Ideenwerkstatt selbst besteht aus einem thematisch offen konzipierten Treffen. Es soll Raum geben, dass sich die Teilnehmer\*innen als Expert\*innen der eigenen Lebenswelt mit dem Lebensumfeld und den eigenen Bedarfen auseinandersetzen können. Die Ideenwerkstatt steht im demokratischen Zyklus für die Phase des Austauschs über Bedürfnisse.

Für diese Phase kann eine Bandbreite an Methoden verwendet werden, beispielsweise kann eine Landkartenmethode Impulse für Gespräche und eine Auseinandersetzung. Die mit Hilfe der Landkarte oder anderer Methoden formulierten Ideen der Teilnehmer\*innen werden gesammelt schaffen – zur Beschreibung der Landkartenmethode siehe auch die Publikation „Instrumentenkoffer“ der JUBU-Buchreihe (Herzberg und Rumpel 2020). Hinter jeder Idee

steckt ein direkter, persönlicher Bedarf. Manche Bedarfe lassen sich zu einer gemeinsamen Idee fusionieren, und so können aus individuellen Bedarfen gemeinsame Ideen entstehen.

Eine Stärke der Ideenwerkstatt liegt darin, dass einerseits Ideen als Bürgerbudgetvorschlag hervorgebracht werden können, wenn diese dem Kostenrahmen und den Zulassungskriterien für Vorschläge entsprechen. Andererseits können für Ideen, die sich nicht für die Einreichung zum Bürgerbudget eignen, andere Wege eingeschlagen werden. Zum Abschluss der Ideenwerkstatt sollte für jede Idee ein Plan festgelegt werden, wie weiter vorgegangen werden soll. Für Ideen, die zu einem Bürgerbudgetvorschlag weitergedacht werden sollen, können ein Termin und Ort festgelegt werden.

Bei der praktischen Umsetzung des Konzeptes in Nuthetal musste die Ideenwerkstatt, bedingt durch die Präventionsmaßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie, zunächst als Online-Format durchgeführt werden. Aber auch hier kamen die Jugendlichen in einen produktiven Austausch und einige hatten sogar schon Ideen für ihr Dorf mitgebracht. Gemeinsam war z. B. allen Teilnehmer\*innen aus verschiedenen Nuthetaler Dörfern der Wunsch, sich draußen sportlich betätigen zu können. So gab es für ein Dorf den Vorschlag, einen vorhandenen Basketballplatz nutzbar zu machen. In einem anderen Teilort sollte erst überhaupt ein Basketballplatz oder eine andere Sportmöglichkeit geschaffen werden. Für einen dritten Ort bestand der Wunsch nach einem Pavillon als Jugend-Treffpunkt. Für jeden Prozess wurde das weitere Vorgehen verabredet, daraus gingen in zwei der Dörfer Serien von Treffen hervor.

#### **4.2 Folgeworkshops zu verschiedenen Themen**

Die in der Ideenwerkstatt entwickelten Ideen werden nun in Serien von weiteren Terminen fortgeführt. Zu diesen Folgeworkshops können jederzeit weitere Teilnehmer\*innen hinzukommen bzw. können auch explizit weitere Teilnehmer\*innen eingeladen werden, die eine bestimmte Idee unterstützen wollen (z. B. weil sie im eigenen Dorf ist oder weil sie den eigenen Interessen entspricht). Auch haben wir beobachtet, dass die Teilnehmer\*innen selbst gerne weitere Freund\*innen einladen, was auch sehr spontan geschehen kann (Schneeballprinzip). Anzahl, Dauer und Rhythmus der Folgeworkshops kann an die Gruppe bzw. die Erfordernisse der durch die Adressat\*innen gesetzten Themen angepasst werden. Der demokratische Zyklus mit seinen Phasen dient dabei als Orientierung.

#### Diskussion und Vorschlagseinreichung

Es bietet sich an, im ersten Folgeworkshop noch einmal alle Teilnehmenden (ggf. auch die neu Hinzugekommenen) in das Thema und den Diskussionsstand einzuführen. Darüber hinaus kann die Idee konkret weiterentwickelt werden: Wie soll es konkret aussehen bzw. umgesetzt werden? Aus der Ideenwerkstatt wurde in Nuthetal die Idee eines Pavillons als Treffpunkt zu einem Folgeworkshop mitgebracht. Das Treffen konnte nun in Präsenz durchgeführt werden und es kamen einige weitere Teilnehmer\*innen hinzu. Diesen Vorschlag arbeiteten die Jugendlichen weiter aus und reichten ihn noch am selben Tag als Bürgerbudgetvorschlag ein.



Ein weiterer wichtiger Baustein dieser Phase ist die Auseinandersetzung mit dem örtlichen Bürgerbudget und den Teilnahmevoraussetzungen. Da die Bürgerbudgets in den jeweiligen Kommunen große Unterschiede aufweisen, müssen die örtlichen Voraussetzungen betrachtet werden. In der Regel wird Informationsmaterial von der Kommune zur Verfügung gestellt. In Nuthetal glichen die Teilnehmenden die Pavillon-Idee im Vorfeld der Vorschlagseinreichung noch hinsichtlich der Zulassungskriterien ab: Dabei wurde festgestellt, dass alle Teilnehmer\*innen über 14 Jahre alt waren und somit den Vorschlag selbst einreichen konnten. Der Pavillon sollte der Jugend und damit dem Allgemeinwohl zugutekommen und der Maximalbetrag von 10.000 Euro müsste nach einer ersten Schätzung gerade ausreichen.

Grundsätzlich ist ein Austausch mit den örtlichen Bürgerbudgetverantwortlichen zu empfehlen, denn Verwaltungen prüfen in der Regel sämtliche eingereichten Vorschläge und lassen diese bei Erfüllung aller Voraussetzungen zur Abstimmung zu. Zugleich hilft ein Kontakt zu einer\*m Verwaltungsmitarbeiter\*in, Hürden abzubauen und Einblicke in die kommunalen Verwaltungsstrukturen und -abläufe zu bekommen. Hinsichtlich des Demokratielernens ist das Kennenlernen der örtlichen Verantwortlichen nicht zu unterschätzen. Die Pavillon-Gruppe aus Nuthetal hatte im Zusammenhang mit der Abstimmung keine Gelegenheit bzw. auch keinen Bedarf, sich mit den Bürgerbudgetverantwortlichen abzustimmen. Relevant wurde dies aber nach der erfolgreichen Abstimmung, als es an die Umsetzung ging, an der die Jugendlichen beteiligt werden wollten. In dieser Phase war mehrmaliger Kontakt für die Suche nach einem geeigneten Standort für den Pavillon wichtig und die Jugendlichen konnten ihre Perspektiven einbringen sowie die Arbeitsweise von der Gemeindeverwaltung erfahren.

### Wahlkampagne und Abstimmung

Der Einsatz gezielter Werbemaßnahmen (Plakate, Social Media, Informationsstand etc.) kann die Gewinnchancen eines Bürgerbudgetvorschlags maßgeblich erhöhen. Hier werden die Jugendlichen als Expert\*innen ihrer eigenen Lebenswelt herangezogen: Sie wissen, welche Orte in ihrer Umgebung oft betrachtet werden, wer gefragt werden muss und wann ein guter Zeitpunkt ist. Die Zeiträume sollten in Einklang mit der Bürgerbudgetabstimmung gebracht werden. In Nuthetal hatten die Jugendlichen im Vorfeld der Bürgerbudgetabstimmung eine Werbekampagne entwickelt: Sie erstellten selbst ein Plakat, hängten dies in allen Teilorten auf und warben über Social Media für ihren Vorschlag. Die wohl wichtigste Werbemaßnahme war aber ein Stand am Tag der Abstimmung, an dem die Jugendlichen zahlreiche Menschen, vor allem auch Erwachsene, von ihrem Vorschlag überzeugen und somit ausreichend Stimmen bekommen konnten.

Hier kommt zum Tragen, dass jede\*r Einwohner\*in beim Bürgerbudget mehrere Stimmen für die Abstimmung hat – auf diese Weise wird auch gleich das Prinzip der Kommunalwahlen in Brandenburg vermittelt, wo ebenfalls Stimmen gehäuft und verteilt werden können. Die Möglichkeit, mehrere Vorschläge unterstützen zu können, erhöhte für die Jugendlichen die Chance, noch am „Tag der Entscheidung“ Einwohner\*innen für ihre Idee zu gewinnen. Denn der Pavillon als Treffpunkt kam auf den zweiten Platz und erhielt somit eine Finanzierung.

## Umsetzung

Je nach Vorschlag sind Treffen, in denen die Umsetzung vorangetrieben wird oder stattfindet, angebracht, denn in Nuthetal stellte die Suche nach einem Standort für den Pavillon eine besondere Schwierigkeit dar. Das betreffende Dorf der Gemeinde ist von Schutzgebieten umgeben, die eine solche Baumaßnahme nicht zulassen. Hierfür trafen sich die Jugendlichen mehrmals mit der Verwaltung und bemühten sich auch um Unterstützung aus der Politik ihres Dorfes. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnte leider noch kein Ort gefunden und der Pavillon noch nicht gebaut werden. Wie in der großen Politik werden aber verschiedene Varianten geprüft und versucht, mit allen betroffenen Akteur\*innen eine Lösung zu finden.

### **Die Perspektive junger Menschen auf Bürgerbudgets**

Im Herbst 2022 hat JUBU mit Jugendlichen, darunter auch Teilnehmer\*innen aus Nuthetal, in einem Auswertungsworkshop über ihre Perspektive auf Bürgerbudgets gesprochen. Ziel war, zu erfassen, was aus der Perspektive der Workshop-Teilnehmer\*innen die Stärken und Schwächen des Bürgerbudgets allgemein und auf ihren Ort bezogen sind. In diesem Gespräch lenkten die Jugendlichen ihr Augenmerk auch darauf, über die Begleitung durch ein Format wie die „Vorschlags-Expedition“ zu sprechen.

Die Auswertungsgespräche mit den Jugendlichen zeigen, dass Bürgerbudgets generell als Möglichkeit gesehen werden, ihren Wohnort mitzugestalten, ihre Ideen einzubringen und so etwas zu verändern. Anhand des Bürgerbudgets können nicht nur Finanzierungen für einen Vorschlag gefunden werden, es kann im Ort ebenso gezeigt werden, wie viele Menschen hinter einer Idee stehen. Insbesondere finden es Jugendliche gut, beim Bürgerbudget direkt abstimmen bzw. teilhaben zu können und nicht indirekt durch die Wahl von Politiker\*innen.

Die Bürgerbudgetverfahren an sich empfanden die Teilnehmer\*innen überwiegend als gelungen, als Verbesserungsvorschlag nannten die Jugendlichen eine an ihre Altersgruppe angepasste Abstimmungsmöglichkeit, so z. B. online oder bei einer altersgruppenspezifischen Veranstaltung. Darüber hinaus wurde die Bedeutung einer Möglichkeit zur Begleitung durch das Bürgerbudget betont.

Diese Begleitung kann aus ihrer Perspektive eine Ansprechperson sein, die die Interessen der Jugendlichen vertritt und diese durch das gesamte Verfahren begleitet. Als besonders wichtigen Punkt nannten Teilnehmer\*innen die Vermittlung mit der Verwaltung. Auch Workshops, in denen Ideen gefunden und Bürgerbudgetvorschläge ausgearbeitet und eingereicht werden können, sowie die Durchführung einer Werbekampagne halten sie für sinnvoll. Als eine gute Möglichkeit empfinden sie eine stärkere Anbindung an Schulen.

Aus diesen Aussagen lässt sich ablesen, dass junge Menschen ein Format wie die „Vorschlags-Expedition“ durchaus begrüßen oder gar einfordern. Auf jeden Fall scheint es wichtig zu sein, auf junge Menschen direkt zuzugehen, möchte man sie für eine Teilnahme an Bürgerbudgets gewinnen.

## **Fazit**

Zunächst ist zu sagen, dass sich Bürgerbudgets für eine Beteiligung junger Menschen eignen. Allerdings ist dies kein Selbstläufer, da sie oft unterrepräsentiert sind, wie die empirischen Ergebnisse zeigen. Das heißt, die bisherige Information über die Verfahren erreicht die jungen Menschen nicht. Die Kommunen könnten dies selbst ändern, indem sie eine Sprache und Form wählen, wie im Kasten „Perspektive junger Menschen auf das Bürgerbudget“ berichtet wird. Dies reicht jedoch nicht aus. Das Projekt JUBU kann sich dem Standpunkt der jungen Menschen anschließen, die bei der Auswertung ihrer Beteiligung gesagt haben, dass es Personen wie Jugendarbeiter\*innen braucht, die junge Menschen ggf. ansprechen und sie durch den Bürgerbudgetprozess hindurch begleiten. JUBU hat hierfür das Format „Vorschlags-Expedition“ erarbeitet, das in diesem Beitrag vorgestellt wurde. Denkbar sind aber auch andere Formate und Ansätze. Wir gehen davon aus, dass pädagogische Fachkräfte in Kommunen, Jugendzentren und Schulen viele Ideen haben, wie sie junge Menschen für eine Beteiligung an Partizipationsprozessen gewinnen können.

Der demokratische Zyklus zeigt unabhängig vom gewählten konkreten Format das demokratische Potential einer Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets auf, denn sich mit anderen zu einigen, konkrete Vorschläge zu formulieren, sich mit zentralen Akteur\*innen abzustimmen, sind Kompetenzen, die auch in andere politische Prozesse eingebracht werden können. Somit kann das Bürgerbudget für manche Teilnehmer\*innen vielleicht ein Sprungbrett sein: Das Bürgerbudget gibt ihnen ein „Rüstzeug“ mit auf den Weg, wie Veränderungen in der Gesellschaft erreicht werden können. Der Attraktivität von Demagog\*innen, die verkünden, dass „die da oben machen, was sie wollen“, wird durch die selbst erfahrene demokratische Selbstwirksamkeit etwas entgegengesetzt.

Eine Frage, die sich grundlegend bei der Beteiligung (junger) Menschen ergibt, ist die Einbeziehung von Personen aus strukturell benachteiligten Verhältnissen. Dies stellt auch bei den Bürgerbudgets eine Hürde für die Jugendbeteiligung dar, die jedoch überwunden werden kann, wofür es erste Anzeichen gibt. So hat die Projekterfahrung bei JUBU gezeigt, dass junge Menschen aus Elternhäusern mit geringen sozialen Ressourcen eher in zweiter Linie erreicht werden, z. B. dann, wenn sie von aktiven Peers (Gleichaltrigen) über Social Media zur Teilnahme aufgerufen werden. In manchen Jugendzentren können solche Jugendliche auch direkt angesprochen werden. Hierfür sind jedoch die im demokratischen Zyklus angewandten Methoden stärker „erlebnisorientiert“ zu gestalten. Dies gilt ebenso für Schulen, die je nach Lage eine hohe soziale Mischung aufweisen können. Das Projekt JUBU hat deshalb auch begonnen, ein Konzept für eine Projektwoche zu erproben.

## **Literatur**

- Bandura, Albert. 1997. *Self Efficacy: The Exercise of Control*. New York: Worth.
- Beutel, W., M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert, Hrsg. 2022. *Handbuch Demokratiepädagogik*. Frankfurt am Main: Debus Pädagogik Verlag/WOCHENSCHAU Verlag.

- bpb – Bundeszentrale für politische Bildung. 2018. Neunter Statusbericht Bürgerhaushalt in Deutschland 2014-2017. [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org). Zugegriffen: 4. Juni 2021.
- bipar – Berlin Institut für Partizipation. 2021. *Bürgerbudgets in Deutschland*. [https://www.lokale-demokratie.de/wp-content/uploads/2021/01/Studie\\_Buergerbudgets\\_final-1.pdf](https://www.lokale-demokratie.de/wp-content/uploads/2021/01/Studie_Buergerbudgets_final-1.pdf). Zugegriffen: 25. November 2022.
- Dewey, John. 1916. *Democracy and education*. New York: The Free Press.
- Dias, N., S. Enriquez, und S. Júlio, Hrsg. 2019. *The Participatory Budgeting World Atlas*, Faro: Oficina.
- Geissel, Brigitte, und Marko Joas. 2013. *Participatory Democratic Innovations in Europe*. Opladen: Barbara Budrich Publishers.
- Herzberg, Carsten. 2001. *Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre*. Münster: LIT.
- Herzberg, Carsten. 2009. *Von der Bürger- zur Solidarkommune*. Hamburg: VSA.
- Herzberg, C. und M. Rumpel. 2020. Beteiligung junger Menschen an Bürgerbudgets – ein Instrumentenkoffer. *JUBU-Reihe Band 1, Hrsg. Projekt JUBU*. Potsdam: mitMachen e. V.
- Herzberg, C. M. Rumpel, und R. Poplawski. 2022. Bürgerbudgets als Beispiel für wirksame Partizipationssteuerung. In *Handbuch Kommunale Planung und Steuerung*, Hrsg. J. Fischer, T. Hilse -Carstensen und S. Huber, 526-542. Weinheim: Beltz Juventa.
- Herzberg, C, M. Rumpel und R. Poplawski. 2020. Studie Bürgerbudgets in Brandenburg – Perspektiven für Jugendbeteiligung. *JUBU-Reihe Band 2, Hrsg. Projekt JUBU*. Potsdam: mitMachen e. V.
- Jonas, N. 2019. Der Bürgerhaushalt. Eine Idee, viele Umsetzungen. [Vortrag] *4. Demokratie-Dialog Berlin-Brandenburg der Allianz für vielfältige Demokratie am 25.11.2019*. Berlin.
- Lasswell, H. Dwight. 1956. *The decision process: Seven categories of functional analysis, Bureau of Government*. College of Business and Public Administration: University of Maryland.
- Patze-Diordiychuk, P., A. Paust, und P. Renner, Hrsg. 2022. Das Bürgerbudget. Schriftenreihe *Demokratische Innovationen auf der kommunalen Ebene, Bd. 6, Hrsg. Patze-Diordiychuk, P., A. Paust, und P. Renner*. Wiesbaden: KSV Medien.
- Rahner, Judith. 2021. *Praxishandbuch Resilienz in der Jugendarbeit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schubarth, Wilfried. 2022. Demokratie erleben, um Demokratie zu lernen. In *Hier entscheiden junge Menschen! Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets und Schüler\*innenHaushalte in Brandenburg (JUBU-Reihe Band 3)*, Hrsg. C. Herzberg und D. Ringler, 9-13. Potsdam: mitMachen e. V.
- Sintomer, Yves, Carsten Herzberg und Anja Röcke. 2016. *Participatory Budgeting in Europe*. Abingdon: Routledge.
- 2009. Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie, Reihe *Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 33, Hrsg. F. Adloff, A. Klein, H. Krimmer, J. Mair, B. Rehder, S. Teune, H. Walk und A. Zimmer*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.